

## **Antrag der Fraktion der CDU**

### **„Hells Angels“ dürfen sich nicht wieder in Bremen etablieren!**

Seit dem Jahr 2013 ist der Rockerclub der Hells Angels in Bremen verboten. Im Juni 2020 hat das Oberverwaltungsgericht Bremen dieses Verbot des Innenresorts auch nochmal bestätigt. Dennoch versuchen die Hells Angels seit geraumer Zeit wieder in Bremen Fuß zu fassen. Zunächst wurde im Sommer 2019 ein Bordell in der Bremer Neustadt eröffnet, das „Eros Center 69“. Die offiziellen Betreiberinnen sind zwar keine Mitglieder der Hells Angels, aber dafür handelt es sich um die Ehefrau und die Schwester des ehemaligen Vizepräsidenten des Bremer Rockerclubs und des heutigen Präsidenten des Delmenhorster Charters „Key Area“.

Nun liegt der Wirtschaftsbehörde erneut ein Antrag auf Erteilung einer Betriebserlaubnis für eine Prostitutionstätte in Bremen Mitte vor. Dieses neue Bordell soll ebenfalls von der „Joy Company“ betrieben werden, also von Frauen aus dem engsten familiären Umfeld der Hells Angels. Darüber hinaus gibt es eine Bauvoranfrage für eine Spielhalle hinter dem Bordell „Eros Center 69“. Die Bremer Polizei hat dem Wirtschaftsressort einen umfassenden Bericht vorgelegt, der die Verstrickungen der Hells Angels im Zusammenhang mit dem Betrieb der beiden Bordelle untermauert. Dieser Bericht und die dort aufgeführten Indizien sind eine wichtige Grundlage, um den Kampf gegen den Rockerclub wiederaufzunehmen und rechtzeitig zu verhindern, dass er sich erneut in Bremen etablieren kann und das Rotlichtmilieu beherrscht.

Die Stadtbürgerschaft möge beschließen:

Die Stadtbürgerschaft stellt fest,

1. dass die bisherigen Erfolge im Kampf gegen Rockerclubs in Bremen und insbesondere gegen die Hells Angels nicht durch die Neuansiedlung von Prostitutionstätten unterlaufen werden dürfen,
2. dass das Anliegen des Beirates Mitte und der dortigen Anwohner vom 25. Januar 2021 nachdrücklich durch die Stadtbürgerschaft unterstützt wird, da die Ansiedlung einer Prostitutionstätte in der Bürgermeister-Smidt-Straße 31 die positive Entwicklung des Stadtteils massiv stören würde und den bisherigen Planungsprozess für das Entwicklungskonzept der Bahnhofsvorstadt dadurch erheblich beeinträchtigt würde.

Die Stadtbürgerschaft fordert den Senat auf,

alle rechtlichen Möglichkeiten auszuschöpfen, um die Ansiedlung einer Prostitutionstätte in der Bürgermeister-Smidt-Straße 31 zu verhindern und darüber hinaus zu prüfen, ob die Betriebserlaubnis für das „Eros Center 69“ in der Duckwitzstraße 69 aufgrund der Erkenntnisse der Polizei Bremen über die Betreiberinnen ebenfalls zurückgenommen werden kann.

Marco Lübke, Dr. Thomas vom Bruch, Thomas Röwekamp  
und Fraktion der CDU